



Aktuell werden 63 Millionen Euro für die Kosten der Sanierung der Kürtener Gesamtschule genannt. Die CDU rechnet damit, dass es dabei nicht bleibt.

Foto: Guido Wagner

Verwaltung soll Karten offen legen

CDU will wissen, wie hoch die Steuererhöhungen ausfallen werden

VON CLAUD BOELEN-THEILE

Kürten. Die Verwaltung soll in der Ratssitzung am kommenden Mittwoch (30. Juni) die Karten auf den Tisch legen, fordert die CDU-Fraktion: Es geht dabei um die Steigerung der Grundsteuer B in Kürten in den kommenden Jahren. Zur Gegenfinanzierung der Gesamtschulsanierung ist diese Erhöhung auf jeden Fall erforderlich. Nur der Umfang der Erhöhung ist offen.

Die CDU-Fraktion mit dem Vorstand Jochen Zähl, Marc Beer und Timo Friedrich hat beantragt, dass die Verwaltung dazu

jetzt eine tiefgreifende Analyse präsentieren muss. Eine Frage der Fraktion zur Entwicklung der Grundsteuer, gestellt zum Workshop und zu einem vorherigen Videotreffen, sei trotz Nachfrage unbeantwortet geblieben, erklärt der Fraktionsvorsitzende Jochen Zähl. Die CDU gehe davon aus, dass es bei der Ausschreibung für das 63-Millionen-Euro Projekt zu Kostensteigerungen von bis zu 20 Prozent komme. „Damit würden sich die Projektkosten schon auf nahezu 75 Millionen Euro erhöhen.“ Für die Ratssitzung solle die Kämmerei eine Berechnung vorle-

“ **Die Projektkosten könnten sich auf nahezu 75 Millionen Euro erhöhen**

Jochen Zähl, CDU

gen, mit den aktuell genannten 63 Millionen, aber auch für eine Kostensumme von 75 Millionen. „Mit welcher Erhöhung der Grundsteuer B (unter heutigen Bedingungen) rechnet die Verwaltung?“ Der CDU-Antrag weist daraufhin, dass Architektin Claudia Pannhausen auf dem

Workshop keine Zahlen haben nennen wollen. Weil die Ergebnisse der Ausschreibungen abzuwarten seien, wie sie ausgeführt habe. Aktuell werde in der Baubranche mit einer Preissteigerung von bis zu 20 Prozent gerechnet als Folge der Corona-Krise gerechnet. Auch die Holzknappeit durch den Borkenkäfer-Befall von Wildbeständen und der Mangel an Dämmmaterialien machten sich negativ bemerkbar. Erwartet werden Auskünfte, wie Zins und Tilgung bei 80 und bei 40 Jahre Laufzeit aussehen. Nachgefragt wird auch zu den Unterhaltungsaufwendun-

gen für die neu geschaffenen Klassenräume. „Um wie viel Prozentpunkte müsste die Grundsteuer B bei einer Kostensumme von 75 Millionen Euro erhöht werden?“

Bislang gibt es im Haushaltsbuch 2021 eine erste Berechnung der Kämmerei. Im „ungünstigsten Fall“ (keine Fördergelder) und davon ist auszugehen, sind dies fast 775 000 Euro reine Abschreibung, dieser Betrag muss Jahr für Jahr erwirtschaftet werden. 775 000 Euro entsprechen in etwa zusätzlichen 110 Prozentpunkten Grundsteuer B.“